

**Geschichte der T&N/Telenorma
und
das Unternehmen in Urberach
(1937 - 1996)**

**von
Norbert Cobabus**

**Herausgegeben vom Verein für ein Forschungs-,
Ausstellungs- und Dokumentationszentrum
des ehemaligen Fabrikgeländes Ober-Rodener
Straße in Rödermark-Urberach**

Rödermark
2., überarbeitete Auflage 2011

Inhalt

Vorwort	5
Industriegeschichtlicher Hintergrund	12
Teil 1: Aufbauphase und Konsolidierung der T & N	
Gründung und Aufbau des Unternehmens bis zum Ende des Ersten Weltkriegs	21
Technische Entwicklung des Unternehmens bis zum Zweiten Weltkrieg, organisatorische Entwicklung bis 1933	34
Probleme der T&N mit dem NS-Regime bei der „Arisierung“ des Unternehmens	48
Kooperation der Leitung der T & N mit dem NS-Regime	66
Teil 2: Anfänge in Urberach und Kriegsjahre	
Errichtung von Werk III in Urberach während der NS-Zeit	96
Kriegsjahre: Kriegsproduktion	116
Kriegsjahre: Beschäftigung von Fremdarbeitern, Einsatz von Straf- und Kriegsgefangenen sowie Zwangsarbeitern und Dienstverpflichtung deutscher Personen	129
Kriegsjahre: Bombenangriffe und Kriegsende	149
Teil 3: Erste Nachkriegsjahre	
Wiederbeginn des Unternehmens nach dem Zweiten Weltkrieg	162
Spruchkammerverfahren zur T & N in Frankfurt am Main	178
Rückerstattungsverfahren zur T & N in Frankfurt am Main	200

Rückerstattungsverfahren zum Werk III in Urberach	208
Teil 4: Wirtschaftsaufschwung und Ende	
Weiterer Wiederaufbau und Ausweitung des Unternehmens bis 1980	215
Weiterer Lebensweg von Carl Lehner und Friedrich Sperl	228
Technische Entwicklung von T & N bis 1980	232
Privater Gleisanschluss von T & N in Urberach	242
Übernahme der T & N durch den Bosch-Konzern	245
Schließung von Werk III in Urberach	251
Weitere Entwicklung des Unternehmens bis 2005	254
Schriftliche Quellen	256
Bildanhang	262

Vorwort

Das Unternehmen „Telefonbau & Normalzeit“ oder „T&N“ bzw. später „Telenorma“ ist noch heute in der Erinnerung der Urberacher Bevölkerung sehr lebendig. Dieses in Urberach bereits 1937 entstehende neue Unternehmen – dessen Beginn aber von vielen Bürgerinnen und Bürgern in der Erinnerung erst auf das Jahr 1940 oder zum Teil sogar erst auf das Frühjahr 1941 datiert wird – hat sehr vielen Einwohnern in Urberach und Ober-Roden, aber zum Teil auch in Eppertshausen und Münster viele Jahre einen sicheren und guten Arbeitsplatz beschert. Immerhin beschäftigte die T&N in ihren besten Nachkriegsjahren in Urberach bis zu 1.300 Personen zu einem guten Tarif und einer betriebseigenen Pensionskasse.

Weniger bekannt ist demgegenüber, dass die Fabrik, die auf dem heute weitestgehend zu einem Märktezentrum umgebauten Gelände nordöstlich des Urberacher Bahnhofs lag, nicht von der T&N gegründet und aufgebaut wurde. Denn die T&N konnte das hier bereits seit einigen Jahrzehnten existierende Betriebsgelände mit ihren Hallen nutzen, auch wenn es immer wieder modernisierte und später in mehreren Phasen auch neue Hallen auf neu erworbenem Gelände dazu baute. Denn 1937 wurde der T&N das dort schon bestehende, ab Ende Dezember 1930 still liegende und ab 1934 als Getreidelager genutzte Fabrikgelände vom damaligen NS-Staat übereignet, und zwar zur Aufnahme einer vorbereitenden Kriegsrüstung. Dies geschah unter dem Decknamen „Gerätebau G.m.b.H.“, ein Name, der bis 1946 in Urberach beibehalten wurde, auch wenn dazu parallel bereits von Anfang an außerhalb Urberachs und spätestens ab 1940 auch in den behördlichen Akten der Gemeinde der Name „Telefonbau und Normalzeit G.m.b.H. Werk III, Urberach“ geführt wurde. Schon in der Zeit von 1937 bis gegen Ende April 1938 wurden hier Strafgefangene eingesetzt. Ab August 1940 beschäftigte man hier dann erneut bis zum Kriegsende Strafgefangene, jetzt vorwiegend aus dem Lager Rollwald, dazu ab 1941 Fremdarbeiter und ab April 1942 eben

falls bis zum Kriegsende auch Kriegsgefangene sowie spätestens ab 1943 auch Ostarbeiter, nahezu ausschließlich Zwangsarbeiter, in einem eigens zu diesem Zweck errichteten Barackenlager gegenüber der Fabrik auf der anderen Straßenseite. Ab April 1941 wurde hier zudem mit der Ausbildung von Lehrlingen für die verschiedenen bei der T&N benötigten Fachberufe begonnen.

Nach dem Krieg genehmigte die US-amerikanische Besatzungsmacht im Sommer 1946 die Wiedereröffnung für eine friedliche Produktion. In Urberach wurden nun Telefonanlagen gebaut, zunächst Telefonzentralen für Nebenstellenanlagen, später dann Telefonapparate. Die beiden Werke I und II in Frankfurt am Main waren während des Krieges hingegen durch Bomben so sehr zerstört worden, dass dort nach dem Krieg für einige Jahre mit der Produktion nicht mehr begonnen werden konnte. Im Jahre 1981 kam es zu einer Zusammenführung der T&N mit dem Bosch-Konzern, die später mit der vollständigen Übernahme durch den Bosch-Konzern endete. In diesem Rahmen erfolgte dann auch die Umbenennung in „Telenorma“. Damit wurde nun aber auch ein auf dem Markt neu ausgerichtetes Unternehmenskonzept entwickelt, dem Mitte der 1990er Jahre dann auch das Werk III in Urberach zum Opfer fiel. Am 30. August 1996 schlossen sich die Fabrikture endgültig hinter den hier noch ca. 800 beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Dieser kurze Abriss soll andeuten, worum es hier bezogen auf die Urberacher Geschichte der T&N im Wesentlichen geht.

Das ab 1937 von der T&N genutzte Fabrikgelände in Urberach bestand zu dieser Zeit aber schon gut 30 Jahre. Daher halte ich es für erforderlich, an den entsprechenden Stellen in einer kurzen Zusammenfassung auch die Vorgeschichte dieses Fabrikgeländes darzustellen. Weitere und umfangreichere Ausführungen dazu sind meiner Biografie zu Robert Bloch (siehe „Schriftliche Quellen“) zu entnehmen. In dieser Biografie ist neben der persönlichen Lebensgeschichte von Robert Bloch zugleich auch die gesamte Firmengeschichte jenes Unternehmens von mir dargestellt worden, das schon vorher an diesem Ort existierte. Der Familien-

verband Bloch hatte dieses Gelände zunächst im Sommer 1907 von der Gemeinde Urberach gekauft und darauf dann bis Ende 1908 eine Fabrik aufgebaut, die Anfang 1909 ihren Betrieb aufnahm. Ohne diese Firma wäre also später auch die T&N nicht an dieses Fabrikgelände gekommen.

Wesentliche Sachverhalte aus der Geschichte des Fabrikgeländes in Urberach unter der Zeit der T&N sollen im Folgenden dargestellt werden. Weitere Einzelheiten – vor allem aus dem internen Firmenleben und insbesondere auch die zahlreichen Details zur Technikentwicklung innerhalb des Unternehmens – werden einer späteren ergänzenden Forschung vorbehalten bleiben.

Es erscheint mir aber auch sinnvoll zu sein, in dieser Publikation über die Geschichte der T&N in Urberach hinaus auch einige weitergehende Ausführungen zur Gründungsphase des Unternehmens in Frankfurt am Main, zu der technischen und organisatorischen Entwicklung des Unternehmens in Deutschland und ihres Engagements im Ausland zu machen. Denn bei der T&N handelte es sich von seiner Struktur her um ein besonderes Unternehmen. In diesem Zusammenhang ist es aber auch sinnvoll, über den Standort Urberach hinaus einen nicht nur oberflächlichen Seitenblick auf das Gesamtunternehmen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu werfen, um die Rolle von Werk III in Urberach in diesem Rahmen besser verstehen zu können. Auch eine kurze Nachbetrachtung nach der Schließung von Werk III der T&N bis Ende 2005 scheint durchaus angebracht. Denn nur in diesem Gesamtrahmen sind die Entwicklung von T&N und schließlich auch das Ende des Werks in Urberach richtig zu verstehen.

Meine Recherchen haben überdies viele Unterlagen aus der NS-Zeit, vor und nach den Kriegsjahren, sowie auch zur frühen Nachkriegsgeschichte der T&N zu Tage gefördert, sowohl bezogen auf Urberach als auch bezogen auf das Gesamtunternehmen. Es eröffnen sich durch diese zum Teil erst seit einigen Jahren wieder zugänglichen Dokumente nun auch neue Einblicke in die

Firmengeschichte, die – von den damaligen Zeitzeugen abgesehen – bisher weitgehend unbekannt waren. Mein Bemühen, auch diesen Teil der Industriegeschichte von T&N darzustellen, war mit dem Erfordernis verbunden, mich auch mit manchen nachträglichen Beschönigungen und Verschleierungen bezogen auf die damalige Situation auseinanderzusetzen. Daher nehmen meine Ausführungen zu dieser Zeitperiode – also zur NS-Zeit wie auch zu den ersten Nachkriegsjahren – einen relativ breiten Raum ein.

Zum Teil konnten meine Recherchen zur Firmengeschichte der T&N auf dem aufbauen, was ich bereits im Rahmen der Erarbeitung der Geschichte der Vorgängerfirma von T&N zusammen getragen hatte. Das erleichterte zweifellos den Einstieg in dieses neue Thema. Dennoch blieb noch sehr viel zu tun und es ergaben sich im Laufe meiner weiteren Recherchen und Interviews noch zahlreiche neue und unerwartete Sachverhalte. Was in meiner Biografie zu Robert Bloch bezüglich der T&N nur kursorisch angesprochen wurde, wird hier somit vertieft, präzisiert und erweitert.

Folgende Archive und weitere Institutionen haben mir ihre diesbezüglichen Bestände zur Verfügung gestellt bzw. mich bei meinen Nachforschungen unterstützt: Das Staatsarchiv in Darmstadt, das Hauptstaatsarchiv in Wiesbaden, das Wirtschaftsarchiv in Darmstadt, das Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main, das Museum für Kommunikation in Frankfurt am Main, die Deutsche Bibliothek in Frankfurt, das Stadtarchiv in Offenbach, das Stadtarchiv in Rödermark und das Militärarchiv in Freiburg im Breisgau. Die Unterlagen des Bosch-Konzerns zur T&N und insbesondere auch zum Werk in Urberach, die derzeit noch in gemieteten Räumen in Frankfurt lagern, blieben mir allerdings bis zur Fertigstellung dieser Publikation noch verschlossen. Von den Personen aus Rödermark – viele davon früher beschäftigt bei der T&N – bzw. von weiteren früher bei der T&N beschäftigten Personen aus anderen Orten, die mich mit Informationen unterstützt haben, seien vor allem genannt: Eduard Dutiné vom Heimat- und Geschichtsverein Rödermark e.V., in dessen

umfangreiche Unterlagen ich schauen konnte und von denen ich mir auch Kopien machen konnte. Rita Dutiné vom Heimatgeschichtsverein Rödermark e.V., die mir einige Unterlagen aus der Kriegszeit zur Verfügung stellte. Johannes Dies, der über einige wichtige Episoden aus der frühen Zeit bei T&N zu berichten wusste und mir zudem auch weitere Unterlagen aus der T&N auslieh. Franz Kern, der mir für das zu gründende Dokumentationszentrum seine Unterlagen im Zusammenhang mit seiner Ausbildungszeit in Urberach bei der T&N zur Verfügung stellte. Horst W. Günther aus Babenhausen, der mir eine wichtige Quelle über die T&N auslieh. Ihnen allen und ebenso den weiteren hier nicht genannten Personen, die mir wichtige Informationen oder interessante Hinweise gaben, gilt mein Dank für ihre Unterstützung.

Des Weiteren gilt mein Dank aber auch Oliver und Friederike Nedelmann vom „Theater & nedelmann“ (T&N), die in einem der beiden verbliebenen Gebäude der früheren Fabrik wohnen. Sie brachten zusammen mit ihrem Vermieter Alfons Keck erneut die Idee ein, in diesem früheren Büro- und Verwaltungsgebäude – heute auch gerne als „Villa“ bezeichnet – ein Dokumentationszentrum einzurichten, das auf meine Anregung hin nun die gesamte Industriegeschichte von 1907 bis 1996 umfassen soll. Inzwischen sind mit Unterstützung vieler anderer daran interessierter Bürger und Bürgerinnen, zu denen auch ich gehöre, die Anfänge dafür bereits gemacht worden. Dies war für mich ein zusätzlicher Ansporn für die Erstellung dieser Arbeit.

Schließlich gilt mein Dank auch Thomas Ristow, der diesen Text sorgfältig redigiert und damit zu seiner besseren Gestaltung und Lesbarkeit erheblich beigetragen hat.

Hinzugefügt sei noch, dass aus der Sicht des Historikers die Aussagen aller Zeitzeugen und aller jener, die vermittelt über andere über frühere Ereignisse berichten, grundsätzlich einer Überprüfung bedürfen. Denn nicht selten stimmen die erinnerten bzw. übernommenen Sachverhalte – aus den unterschiedlichsten Gründen – mit dem wirklichen früheren Geschehen nur bedingt und manchmal auch gar nicht überein.

Trotz der vielen schriftlichen Unterlagen sowie mündlichen Darstellungen und Hinweise konnten besonders zu den Vorkriegs- und Kriegsjahren unter dem NS-Regime sowie auch zu der ersten Zeit nach dem Krieg bis Anfang der 1950er Jahre nicht alle Fragen beantwortet und nicht alle Sachverhalte eindeutig geklärt werden, denn zu manchen Sachverhalten gibt es keine auffindbaren Unterlagen mehr. So sind die Unterlagen zur gesamten T&N aus dieser Zeit bzw. ab 1937 dann auch zur „Gerätebau G.m.b.H.“ in Urberach sehr bruchstückhaft. Auch viele spätere offizielle Darstellungen von der T&N bzw. Publikationen über die T&N verbleiben zumeist an der Oberfläche bzw. schweigen sich zu dieser Periode weitgehend ganz aus. Wie überall in Deutschland war man offensichtlich nach dem Kriege bemüht, die NS-Zeit möglichst bald Vergessen zu machen. So dürfte vermutlich auch hier das eine oder andere wichtige Dokument „verschwunden“ sein. Zum Teil dürften aber entsprechende Unterlagen – gerade aus dieser Zeit – auch nicht in schriftlicher Form bestanden haben. Immerhin ergaben sich aus einen wenigen betriebsinternen Texten der T&N zur ihrer früheren Geschichte einige bedeutsame weitere Aufschlüsse.

Auf die damit verbundene Quellenlage habe ich im Rahmen dieser industriegeschichtlichen Darstellung zur T&N an den entsprechenden Stellen hingewiesen. Zudem gilt, dass jede geschichtliche Darstellung einerseits immer auf subjektiv interpretierten Erlebnissen und Erzählungen der daran Beteiligten beruht, sowie jener, an die sie vermittelt und dann ihrerseits weiter getragen werden. Andererseits gilt aber auch, dass die dazu oft nur ausschnittshaften und formalen auffindbaren Dokumente und Fakten stets nur in einem größeren Zusammenhang richtig zu verstehen sind. Insofern kann sich eine jede geschichtliche Darstellung der „Wahrheit“ lediglich annähern. Dennoch kann dadurch ein Teil der Vergangenheit und somit auch ein Stück auch dieser Industriegeschichte wieder lebendig gemacht werden. Das habe ich hier versucht.

Zitate aus einzelnen Dokumenten habe ich durch Anführungsstriche gekennzeichnet und sie in der Schreibweise, wie in den Originaldokumenten vorgegeben, übernommen. Auf Fußnoten im Text mit direktem Bezug zu den jeweiligen schriftlichen und mündlichen Quellen, auf die sich meine Aussagen stützen, habe ich der Übersichtlichkeit halber verzichtet. Wo es mir wichtig erschien, habe ich aber auf die entsprechenden Quellen hingewiesen und die entsprechenden Zusammenhänge erwähnt.

Ich hoffe, dass die hier vorliegende Publikation im Anschluss an meine Arbeit zu Robert Bloch und damit dem Vorgängerunternehmen auf dem besagten ehemaligen Fabrikgelände in der heutigen Ober-Rodener Straße in Urberach diesen Teil der Urberacher Industriegeschichte weiterführt und zugleich abrundet und auf ein interessiertes Publikum in und außerhalb Urberachs stoßen wird.

Norbert Cobabus

Rödermark, im Januar 2006

Nachtrag zur 2. Auflage

Neben kleinen Korrekturen im Text wurde der Inhalt auf Grund einiger neuer Informationen geringfügig ergänzt und damit aktualisiert.

Norbert Cobabus

Rödermark, im Dezember 2010

Industriegeschichtlicher Hintergrund

Der hier genannte Zeitraum reicht vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Anfänge des 21. Jahrhunderts und umfasst somit alles im allem einen Zeitraum von knapp 106 Jahren. Vorwiegend handelt es sich dabei also um das 20. Jahrhundert, das bezogen auf Deutschland sehr bewegt und wechselvoll war. Am Beginn stand das stark durch das Preußentum geprägte Wilhelminische Kaiserreich. Dieses sollte zumindest vordergründig mit dem Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 untergehen. In der nachfolgenden Weimarer Republik, die in sich politisch, kulturell und weltanschaulich zerrissen blieb, wirkte das Kaiserreich jedoch sowohl in der Etikette mancher Führungseliten, vor allem beim Militär und im Beamtentum, als auch in zahlreichen rechtlichen und politischen Ausprägungen weiter. Zumindest ein Teil jenes Nährbodens, aus dem heraus ab Anfang der 1930er Jahre in der damaligen zweiten wirtschaftlichen und sozialen Krisensituation der Weimarer Republik der Nationalsozialismus erstarkte und schließlich Ende Januar 1933 an die Macht kam, beruhte auf der Tradierung dieses Preußentums. Ein weiterer Teil beruhte auf dem schon vorher vorhandenen antisemitischen und rassistischen Bodensatz. Mit Beginn der „Machtergreifung“ durch die Nazis begann dann jenes „Tausendjährige Reich“, das nach etwas über 12 Jahren Deutschland an den Rand des Ruins bringen sollte. Diese Zeitperiode von 1933 bis 1945 wurde von einer rassistischen und antisemitischen Ideologie innerhalb eines totalitären Regimes geprägt, das von Anfang an auf einen Revanchekrieg gegen die „Siegermächte“ von 1918 und „die Auslöschung der Schande“ durch „das Diktat von Versaille“, verbunden mit dem „Dolchstoß in den Rücken des deutschen Volkes“, hinarbeitete. Somit wurde Deutschland im Rahmen einer damit bekundeten „Aufbruchstimmung“ zugleich auch von einer Militarisierung überzogen, die schon nach gut sechseinhalb Jahren im Spätsommer 1939 in den Zweiten Weltkrieg hineinführte. Der sog. Neuanfang nach dem 08. Mai 1945 und die Zeit bis 1990 sollte sich jedoch weder für West- noch Ostdeutschland als ein wirklicher

Neubeginn herausstellen. In beiden sich im Jahre 1949 neu herausbildenden Staaten wurden nämlich eine ganze Anzahl von Altlasten mitgeschleppt, in der Bundesrepublik Deutschland mehr bezogen auf das vorangehende NS-Regime, in der Deutschen Demokratischen Republik mehr bezogen auf das alte Preußentum. Diese Merkmale hatten sich zwar bis zur sog. Wende 1989 und der Wiedervereinigung 1990 abgeschwächt, aber selbst heute sind noch bestimmte Relikte aus den vorangehenden Zeitperioden vorhanden.

Durch diese Epochen führt somit auch die Industriegeschichte jenes Unternehmens, das ich hier – an Stelle seiner zahlreichen Namen und der damit verbundenen vielfältigen Namenswechsel – mit dem Kürzel T&N (abgeleitet von einem späteren Namensbestandteil: „Telefonbau & Normalzeit“) bezeichnen möchte. Zweifelloso wurde auch die Geschichte dieses Unternehmens von diesen verschiedenen Zeitperioden geprägt, nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis 1990 allerdings nur in Westdeutschland.

Vor diesem Hintergrund gewinnen daher zahlreiche Einzelsachverhalte und Entwicklungen innerhalb des Unternehmens von T&N ihre besondere Bedeutung und somit zugleich auch ihre Brisanz. Das hat bis heute dazu geführt, dass von offizieller Firmenseite aus, aber auch durch andere Außenstehende manche der damaligen Zusammenhänge – vor allem aus der NS- und frühen Nachkriegszeit – ausgeblendet wurden. Einiges ist aber verdrängt worden oder in Vergessenheit geraten bzw. wurde später uminterpretiert. Hin und wieder wollte man sich aber auch mit Behauptungen gegenüber dem damaligen Geschehen während der NS-Zeit abgrenzen, die auf bloßen Gerüchten beruhten oder die schlichtweg falsch waren. Meine hier nun zur Geschichte der T&N vorliegende historische Aufarbeitung wird dies zu einem erheblichen Teil nachholen und – soweit dies derzeit möglich ist – das bereits Bekannte durch neue und bisher unbekannte Sachverhalte ergänzen.

Bei dem Firmengründer Harry Fuld und seinem Kompagnon Carl Lehner handelte es sich um zwei Pioniere in einem neuen seinerzeit aufstrebenden Industriebereich, der Elektro- und Fernmelde-technik. Der Erstere war Deutscher jüdischer Abstammung. Im Laufe des 19. Jahrhunderts, besonders nach Gründung des Kaiserreichs 1871 und noch bis zum Ende der Weimarer Republik bekamen die Deutschen jüdischen Glaubens die Chance geboten, nun auch in neue, ihnen früher vorenthaltene Wirtschaftsbereiche vorzudringen. Es war dies jene Zeitepoche, in der die Liberalisierung gegenüber den Juden auf deutschem Boden am weitesten fortgeschritten war. So wurden bis gegen Ende der Weimarer Republik etwa 20% aller Wirtschaftsunternehmen von Deutschen jüdischer Abstammung geleitet. Ein Team aus Juden und nichtjüdischen Deutschen innerhalb eines Unternehmens wie auch bei T&N war seinerzeit ebenfalls keine Seltenheit.

Die Firmenstruktur der T&N wies neben vielen auch für andere Unternehmen seinerzeit üblichen Wachstums- und Fusionsphasen eine Besonderheit auf. Schon bald nach der Gründung bestand das Unternehmen aus zwei sich ergänzenden Strängen. Zum einen die Fertigung von elektrotechnischen Geräten, deren Umfang im Laufe der Zeit immer mehr erweitert wurde. Zum anderen der damit verbundene Vertrieb und Service der an größere wie kleinere Kunden vermieteten Geräte. Dadurch ergab sich eine komplexe Unternehmensstruktur, die bald nicht nur über Deutschland, sondern auch über Europa verteilt war und später auch auf andere Kontinente reichte. Es handelte sich hierbei eben um eine überall nachgefragte Spitzentechnologie.

Als die Nationalsozialisten an die Macht kamen, veränderte sich jedoch die Situation. Es ging nun um die „Arisierung“ oder die „Entjudung“ solcher Unternehmen, wie es damals hieß. Im Unterschied zum schon in der ersten Hälfte des Jahres 1933 „gesäuberten“ Berufsbeamtentum bzw. der Staatsverwaltung hatte man es im Allgemeinen bei den privatwirtschaftlichen Betrieben nicht so eilig. Eine flächendeckende „Arisierung“ und „Entjudung“ wurde innerhalb der Privatwirtschaft erst nach der „Reichskris-

tallnacht“ am 09/10. November 1938 gefordert, dann aber auch zügig durchgeführt.

Bezogen auf die Privatwirtschaft gab es in dieser Hinsicht aber durchaus Unterschiede. Jene Betriebe, die schon bald für die Rüstung vorgesehen wurden, mussten früher „judenrein“ werden. Zu diesen Betrieben gehörten vor allem jene Unternehmen, die auf Grund ihres technologischen Standes und der bei ihnen gefertigten Produkte für die Kriegsrüstung besonders attraktiv waren. Die T&N gehörte auf Grund ihrer neuesten Entwicklungen vor allem im Fernmeldebereich, aber auch bei den Alarm- und Sicherheitsanlagen sowie bei der Fertigung elektrischer Präzisionsuhren dazu.

Die „Arisierung“ bei T&N wurde zunächst innerhalb der Belegschaft vorgenommen. Auf Grund der aber noch in der Firma verbliebenen jüdischen Gesellschafter neben den dort auch vorhandenen „arischen“ Gesellschaftern kam es dann ab 1936 zu einem nachhaltigen Konflikt mit dem NS-Staat. Daraus entwickelte sich ein besonderer Strang innerhalb der Firmengeschichte von T&N, der schon bald nach Kriegsbeginn zu vermehrten Repressionsmaßnahmen seitens des NS-Staates gegen die T&N führte. Im weiteren Verlauf kam es dann auch innerhalb des Unternehmens zu heftigen Konflikten, die bis in die ersten Nachkriegsjahre andauern sollten. Eine weitere damit verbundene Besonderheit war, dass es dabei unter anderem um neue in die Leitungsriege des Unternehmens gewählte Personen ging, die teils direkt, teils indirekt mit dem Attentat vom 20. Juli 1944 auf Adolf Hitler in Verbindung standen oder damit in Verbindung gebracht wurden. In der Leitung des Unternehmens wirkten somit nach der endgültigen „Arisierung“ gegen Ende des Jahres 1936 einerseits jene Personen, die mit dem NS-Regime kooperierten, und andererseits wenige Jahre auch Personen, die sich diesem System gegenüber von Anfang an reserviert verhielten. Die Geschichte der T&N vollzog sich deshalb ab 1941 sehr widersprüchlich. Diese Konstellation stellte somit über die ansonsten üblichen industriege-

schichtlichen Entwicklungen in dieser Zeit hinausgehend bei T&N eine historische Besonderheit dar.

Hingegen stellten die Einschränkung und der Verlust ausländischer Vertriebsgesellschaften und Beteiligungen der T&N in den letzten beiden Jahren vor der „Machtergreifung“ und während der NS-Zeit keine Besonderheit dar, auch wenn sie in späteren firmeninternen Schriften besonders betont wurden. Diese Maßnahmen betrafen seinerzeit auch alle anderen Firmen mit einem hohen Auslandsanteil, bedingt durch die Notverordnungen ab 1931 und die Politik der nachfolgenden nationalsozialistischen Diktatur, die in der Wirtschaft die deutsche Eigenständigkeit anstrebte. Zum einen wurden viele überstaatliche Kooperationen gestoppt. Zum anderen brachen im Laufe der Zeit zahlreiche ausländische Unternehmen aber auch von sich aus ihre Verbindungen zu deutschen Firmen ab.

Eine weitere Besonderheit ergab sich auch im Zusammenhang mit der schon vor dem Krieg bei der T&N beginnenden Kriegsrüstung. Nicht die Tatsache der frühen Einbeziehung in diese Produktion war dabei das Besondere, denn diese traf auch auf zahlreiche andere technologisch fortgeschrittene Unternehmen zu. Das Besondere war, dass der T&N zu diesem Zweck ein weiterer Produktionsstandort zur Verfügung gestellt wurde. In nicht allzu großer Entfernung vom Sitz der Firmenzentrale in Frankfurt am Main, nämlich in Urberach, befand sich eine seit Ende 1930 still liegende Fabrik, die von ihren früheren Besitzern seit dieser Zeit nicht mehr genutzt wurde. Von 1934 bis Ende 1936 oder Anfang 1937 hatte der NS-Staat die Fabrikhallen zur Einlagerung von Getreide benutzt. Dieses Gelände mit seinen noch komplett erhaltenen Fabrikbauten hätte dort nicht gestanden, wenn nicht im Jahre 1907 die zuvor mit ihrem Hauptsitz in Offenbach am Main ansässige jüdische Firma „Bloch & Hirsch“ von der Gemeinde Urberach das betreffende Grundstück gekauft und dort ab Anfang 1909 ein Hutstoffwerk, bei dem die vom Fell abgeschnit-

tenen Hasenhaare zu Filz verarbeitet wurden, aufgenommen hätte.

Dieses sich im jüdischen Besitz befindliche Fabrikgelände, das sich – wie schon zu dieser Zeit vielfach üblich – der NS-Staat nach der Schließung Ende Dezember 1930 ab 1934 einfach angeeignet hatte, übereignete er im Jahre 1937 der T&N, damit hier mit der vorbereitenden Kriegsrüstung begonnen werden konnte. Dabei ging es zunächst in noch relativ kleinem Maßstab um konventionelle Kriegsgeräte. 1940 wurde das zunächst ohne Zahlung an die T&N gegebene Gelände von der T&N offiziell durch Kauf über das zuständige Finanzamt des NS-Staates erworben. Die Finanzämter spielten im NS-Staat eine besondere Rolle bei der Enteignung und der Versteigerung bzw. dem Weiterverkauf des zuvor vom Staat konfiszierten jüdischen Besitztums – so auch hier.

Dieser Kauf mag seitens der T&N durchaus erfolgt sein, um ihre Produktionskapazitäten auf Grund der seinerzeit möglicherweise schon beengten Verhältnisse in den Werken I und II in Frankfurt ausweiten zu können. Doch dazu kam es nicht. Denn bereits ab Sommer 1940 wurde die Produktion in diesem Werk in einem nun wesentlich größeren Umfang als schon zuvor auf eine neue Kriegsproduktion umgestellt. Dabei handelte es sich – nacheinander beginnend – um zwei damals sehr bedeutungsvolle Kriegsgeräte. In dem ersten dieser beiden Fälle spielte offenbar der Zufall des Wohnortes jener Person eine Rolle, die ein Kommandogerät für die Flugabwehr, im Auftrag der Luftwaffe und des Rüstungskommandos entwickelt hatte. Dieser Major der Luftwaffe wohnte in Urberach. Im letzteren Fall griff man offensichtlich auf den technologischen Kenntnisstand von T&N zurück und ließ dort die Steuereinheit für die sich schon seit 1937 in der Entwicklung befindlichen Raketen-Waffen, die Vergeltungswaffen oder V-Waffen, bauen, wobei dann später vor allem die V2 eine besondere Rolle spielte. Zumindest das zweite hier gefertigte Kriegsgerät kann durchaus bezogen auf die T&N als eine Besonderheit aufgefasst werden.

Die vorgenannten Besonderheiten aus der NS-Zeit wirkten bei der T&N auch in die Nachkriegsjahre hinein. Dabei ging es zum einen um die seinerzeit von den Alliierten eingerichteten Spruchkammerverfahren und um zum anderen um die ebenfalls von ihnen geforderten Rückerstattungsverfahren. Ersterer Aspekt bezog sich damals – zumindest vom Anspruch her – auf nahezu alle erwachsenen Bürger und Bürgerinnen in den deutschen Besatzungsgebieten, die in irgendeiner Form mit dem NS-Staat und ihren Einsatzbereichen in näherer Verbindung standen. Der zweite Aspekt bezog sich vom Anspruch her zumindest auf alle während der NS-Zeit existierenden Firmen, die sich früher in jüdischem Besitz befunden hatten oder jüdische Mitinhaber besaßen. In den allermeisten Fällen kam es dabei zu einer „Entnazifizierung“ dieser Personen und in den wenigsten Fällen zu einer Rückerstattung des Besitztums. Häufiger war demgegenüber eine bedingte Entschädigung. Sowohl der Verlauf als auch die Ergebnisse dieser beiden Arten von Verfahren bezogen auf die T&N fielen jedoch in mancher Hinsicht aus dem seinerzeit üblichen Rahmen heraus und können somit als eine weitere historische Besonderheit bezeichnet werden.

Nach dem Neuanfang der T&N, der gegen Ende Juni 1946 mit der Wiederaufnahme der Produktion begann, vollzog sich die Entwicklung auch bei der T&N insgesamt gesehen in jenem Rahmen, wie er seinerzeit für viele der früher größeren Unternehmen in Westdeutschland üblich werden sollte. Dazu gehörten der Wiederaufbau, die Unterstützung durch den Marshallplan und die Gewährung von Krediten und Darlehen. Es folgten der Wirtschaftsaufschwung, später auch die Beteiligung von anderen Firmengruppen, die Kooperation mit anderen Konzernen und hier sodann die Übernahme durch einen anderen Konzern. Das alles war verbunden mit einem Auf und Ab bei den Beschäftigtenzahlen, dem Aufbau neuer Fabrikationswerke, aber auch deren späterer Schließung. Trotz dieser Gleichläufigkeit mit vielen anderen Unternehmen in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte gab es bei der T&N auch diesbezüglich eine Besonderheit. Wären näm-

lich im September 1944 die beiden Werke von T&N in Frankfurt nicht vollständig zerstört worden, hätte der Standort in Urberach nach Kriegsende ganz offensichtlich nicht überlebt. Im Werk III, das während der Nazi-Zeit ausschließlich für Rüstungszwecke verwendet wurde, wurde im Sommer 1946 nur deshalb die Produktion wieder aufgenommen und somit erneut Arbeitsplätze für die Bevölkerung in Urberach und Umgebung (Ober-Roden, Eppertshausen und Münster bei Dieburg) geschaffen, weil für den Wiederaufbau in Frankfurt einige Jahre an Zeit benötigt wurden. Sowohl für den Wiederaufbau als auch den Erhalt des Standortes Urberach setzte sich vor allem und mit besonderer Wirksamkeit der damalige Leiter der Geschäftsführung, Friedrich Sperl, ein und nicht – wie noch heute in Urberach der Eindruck vorherrscht – Carl Lehner.

Ab Mitte der 1980er Jahre erfuhr die Unternehmensstrategie bezogen auf die T&N, ab 1987 ein 100%iges Tochter-Unternehmen innerhalb des Bosch-Konzerns, eine einschneidende Veränderung. Die mit Beginn der 1990er Jahre einsetzenden neuen technologischen Entwicklungen innerhalb der digitalisierten Kommunikationssysteme und durch die neuen Weichenstellungen bei der Bundespost ab 1995 mit der sich verselbständigenden Telekom ereilte schließlich auch den Standort Urberach das Schicksal der Schließung. Wie auch bei vielen weiteren Unternehmen kam dieses Ende im Sommer 1996 für die Beschäftigten in Urberach plötzlich und unerwartet, obwohl schon seit Mitte der 1980er Jahre die Beschäftigtenzahl stetig sank. Aus Sicht der Konzernspitze sah dies aber wohl schon seit einiger Zeit anders aus. Auch nach der Schließung kam es zu weiteren Veränderungen der T&N. Das Bemühen des Bosch-Konzerns, die T&N, trotz ihrer Neuausrichtung im Jahr 1998, schon bald danach abzustoßen, stellte eine weitere Konsequenz dieser neuen Marktausrichtung dar.

Deshalb kann heute bezogen auf die letzte Entwicklungsphase ab dem Jahr 2000 unter der „Tenovis GmbH & Co. KG“ auf Grund der nun völlig anderen Struktur nicht mehr von der T&N

gesprochen werden. Das Kapitel T&N ist innerhalb der deutschen Industriegeschichte ab dem Jahr 2000 abgeschlossen.

Teil 1:

Aufbauphase und Konsolidierung der T&N

Gründung und Aufbau des Unternehmens bis zum Ende des Ersten Weltkriegs

Gründer des Unternehmens „T&N“ war ein an der damaligen modernen Technik sehr interessierter junger Mann mit Namen Harry Herz Salomon Fuld. Harry Fuld, jüdischer Abstammung, wurde am 03. Februar 1879 in Frankfurt am Main als jüngstes Kind in eine relativ vermögende Unternehmer-Familie hineingeboren. Er hatte drei ältere Schwestern. Nach dem Schulbesuch begann er eine kaufmännische Lehre. Bei seinen Überlegungen zu seinem beruflichen Werdegang stieß er auf die Tatsache, dass nicht nur in den USA, sondern dass auch bereits in Frankreich und Belgien Telefone vermietet wurden. Auch in Frankfurt gab es immerhin bereits 1881 erste Telefonanschlüsse. In Belgien und Frankreich informierte er sich nun intensiv über die Bedingungen für das Vermieten von Telefonen und kam als damals noch Neunzehnjähriger auf den Gedanken, dass es auch in Deutschland sinnvoll sein müsste, die damals noch sehr teuren und störanfälligen Haustelevone im Rahmen eines kompletten Serviceangebotes von der Installation über die Wartung bis hin zur Bereitstellung verbesserter Version zu vermieten.

Harry Fuld nutze als Bürger jüdischer Abstammung also die seinerzeit sich verbessernden Möglichkeiten im wirtschaftlichen und industriellen Bereich voranzukommen. Zu diesen Sparten zählten ab der Gründung des Deutschen Kaiserreichs bis zum Ende der Weimarer Republik Anfang 1933 neben den Berufen als Rechtsanwälte und Ärzte vor allem die kaufmännischen Tätigkeiten in der Textilbranche, das Bankwesen und einige neue Wachstumsbranchen. Zu letzterem Bereich zähle auch die Elektrobranche, in die Harry Fuld nun einstieg. Auf Grund dieser Situation, die neben Harry Fuld damals viele jüdische Bürger als ihre berufliche Chance zu nutzen wussten, wurden im Laufe der 1920er

Jahre bis Anfang 1933 gut 20% aller Unternehmen in Deutschland von Personen jüdischer Abstammung geleitet.

Zusammen mit dem Elektrotechniker Carl Lehner, den er in Frankfurt am Main kennen lernte, gründete er dann – nun etwas über 20 Jahre alt – am 13. April 1899, zunächst in der dortigen Liebfrauenstraße 6, ein kleines Installationsgeschäft für Miet-Telefone unter dem Namen „Deutsche Privat Telephon Gesellschaft H. Fuld & Co.“ (wie auch viele anderen Firmennamen in leichten Varianten geschrieben). Das Startkapital betrug 20.000 RM (Reichsmark). Dies zunächst für die Vermietung von Telefonen der Bell Company, die er aus Antwerpen bezog. Während Harry Fuld als Geschäftsführer die Akquisition betrieb, war Carl Lehner sein technischer Mitarbeiter. Carl Lehner war am 21. November 1871 in Weikersheim (Württemberg) geboren worden. Nach seiner Uhrmacherlehre zog er auf Empfehlung seines Vaters nach Frankfurt am Main. Als Feinmechaniker arbeitete er in verschiedenen Unternehmen und bildete sich dabei in Physik fort. Schließlich wurde er von der Begeisterung Harry Fuld's angesteckt und war somit von Anfang an bei der neuen Firma dabei. Zusätzlich waren in diesem Kleinunternehmen, das aus einem Zimmer als Büroraum und einem Dachboden zur Lagerung der Bell Telefone bestand, noch zwei Monteure beschäftigt, die nach den Wünschen der geworbenen Kunden die Telefone umbauten. Die Umbauten an den Telefonen gemäß den Kundenwünschen wurden in einer Werkstatt in der Schäfergasse 10 vorgenommen. Das Installationsgeschäft und die Werkstätte blieben bis 1902 am gleichen Ort.

Schon im ersten Jahr gelang es Harry Fuld den Damm zu brechen und eine ganze Anzahl von Kunden davon zu überzeugen, dass das Vermieten von Telefonen, die neue Idee gegenüber dem bisherigen kostspieligen Kauf mit eigenem Risiko sei. Zu seinen Kunden zählte die Garngroßhandlung Heinrich Zeiß, die in demselben Haus in der Liebfrauenstraße 6 wohnte und mit dem bei ihr installierten Telefon nun auch für ihn mit Werbung machen konnte. Schon bald gehörten zu den Abonnenten auch Banken,

Fabriken, Brauereien, Hotels, Cafés, Druckereien, Groß- und Einzelhandelsgeschäfte, Rechtsanwälte und Ärzte. Schließlich konnte er bereits in diesem ersten Geschäftsjahr die Chemische Fabrik E. Merck in Darmstadt mit 26 Sprechstellen bedienen. Das Vermieten und die Wartung von Telefonen bzw. Telefonanlagen (einschließlich Installation und Reparatur) hatten sich als die zündende Idee herausgestellt und sollten sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zu einem erfolgreichen Konzept entwickeln, das der Firma einen großen Aufschwung und Erfolg verschaffte. Die Abonnements wurden dabei zunächst über drei Jahre abgeschlossen. Schon bald erkannte auch die Reichspost, dass sie ihr Monopol auf die Verlegung von Leitungen aufgeben musste und gestattete bereits im Jahre 1900 dem jungen Unternehmen den Anschluss ihrer Leitungen an das öffentliche Fernsprechnet. Damit war die Zukunft dieses Mietsystems, einschließlich der damit verbundenen Installationsweise, gesichert.

Schon im Jahre 1900 begann Harry Fuld sein Vertriebssystem über Frankfurt hinaus – zunächst noch weitgehend beschränkt auf Deutschland, später dann aber auch das Ausland – auszudehnen. Dabei besaß er das Geschick, geeignete Interessenten in verschiedenen anderen Städten zu finden, die in ihrer Stadt und bald auch ihrer regionalen Umgebung das Miettelefongeschäft betrieben und bereit waren, sich dazu mit ihrem eigenen Kapital einzubringen, das Harry Fuld seinerzeit noch nicht besaß. In den ersten beiden Jahrzehnten setzte Harry Fuld deshalb auch darauf, sie als eigenständige Unternehmen zu belassen. Sie mussten sich lediglich verpflichten, von ihm aus Frankfurt die Telefone, später auch die Nebenstellenanlagen und noch später auch die anderen hier entwickelten technischen Geräte wie Uhren, abzunehmen und ausschließlich diese in ihrem jeweiligen Einzugsbereich per Mietabonnement zu vertreiben. Harry Fuld behielt sich von Anfang an vor, in den betrieblichen Ablauf aller dieser eigenständig gegründeten Vertriebsunternehmen Einsicht nehmen zu können. Später beteiligte er sich an einigen dieser Vertriebsfirmen aber auch mit einem bestimmten Eigenkapital. Frankfurt stellte zwar

zu dieser Zeit noch keinen Hauptsitz dar, hatte aber als Gründungssitz des Unternehmens eine übergeordnete Sonderrolle gegenüber den anderen mit ihm kooperierenden Betrieben.

Bereits im Jahr 1900 entstanden so Unternehmen für den Vertrieb in Köln, Mannheim, München und Nürnberg. Im Jahre 1901 wurden dann weitere Betriebe in Straßburg, Leipzig, Dresden, Hamburg, Breslau und Berlin gegründet. Die Gründung des Unternehmens in Berlin am 22. August 1901 als „Berliner Privat-Telefon-Gesellschaft m.b.H.“ war dabei von besonderer Bedeutung. Denn sie sollte sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bis Ende der 1920er Jahre hinein zu dem wichtigsten Standbein im Vertriebsgeschäft entwickeln. Von Anfang an wurde in diesem Unternehmen eine eigene Werkstatt zur Verbesserung der zunächst von außerhalb bezogenen Telefongeräte eingerichtet, die später dann neben der Werkstatt an Frankfurt ebenfalls mit der eigenen Fertigung beauftragt wurde. Zu den Kunden des Berliner Vertriebszweiges gehörten schon bald das Polizeipräsidium, das Kriegsministerium und das Reichsamt des Innern. Schon im Jahre 1902 übertraf die Mieterliste dieses Berliner Unternehmens deutlich alle anderen Vertriebsstellen zusammen genommen. Nicht zuletzt war das schnelle Wachstum in Berlin dann auch der Grund dafür, dass es zwischen dem Stammsitz in Frankfurt und dem Berliner Unternehmen später zu Auseinandersetzungen kam, die gegen Ende der 1920er Jahre die Frage nach einer Verlegung des Stammsitzes von Frankfurt nach Berlin aufkommen ließen.

Für das Vermietungsgeschäft in Frankfurt am Main wurde aus organisatorischen Gründen im Jahre 1903 eine eigenständige Firma gegründet, die „Frankfurter Privat-Telefon-Gesellschaft“. Aber auch das innerdeutsche Vertriebssystem sollte in den folgenden Jahren bis vor Beginn des Ersten Weltkriegs noch weiter ausgedehnt werden. Dazu gehörte die Gründung eigenständiger Gesellschaften in Hannover im Jahre 1906, in Magdeburg und Bremen 1908, in Erfurt, Halle, Elberfeld, Königsberg und Plauen 1910, in Düsseldorf, Danzig und Saarbrücken im Jahre 1911 so-

wie weitere Vertriebsgesellschaften in Dortmund, Bielefeld, Chemnitz, und Cottbus. Auch alle diese Gesellschaften gründeten wiederum in ihren Regionen weitere ihnen zugeordnete kleinere Vertriebsstellen.

Ebenfalls schon vor dem Ersten Weltkrieg gab es dann weitere Vertretungen in mehreren europäischen Staaten. Bereits im Jahre 1900 wurde in Wien ein Vertriebsunternehmen gegründet. 1905 kam dazu eine Gründung in Budapest und Amsterdam, 1907 in Mailand, 1908 in Prag, 1909 in Brunn, London, Paris und Den Haag, 1910 in Neapel und im Jahr 1911 in Kopenhagen und Basel. Verbindungen, die ebenfalls noch vor Beginn des Ersten Weltkriegs zu weiteren Gründungen führten, gab es aber auch nach Glasgow und St. Petersburg.

Harry Fuld erkannte schon sehr bald, dass es sehr viel effizienter wäre, die Telefone nicht nur von einer anderen Firma zu beziehen und entsprechend der Wünsche der Kunden im Rahmen der Vermietung umzubauen, sondern auch eigene Telefone und herzustellen. Denn die technische Entwicklung von Telefonanlagen erfuhr schon bald einen rasanten Aufschwung. Deshalb arbeitete er daran, neben dem Vertriebssystem auch einen Betrieb zur Fertigung von Telefonen – später dann Telefonanlagen – aufzubauen. Aus diesem Grunde wurde am 23. Mai 1901 zu der im Jahre 1899 für den Vertrieb gegründeten Firma nun im Rahmen eines Gesellschaftsvertrags zusätzlich die Firma „Telefon- und Telegraphenbau-Gesellschaft mbH“ gegründet.

Für dieses zweite Standbein in seinem Unternehmenskonzept konnte Harry Fuld insbesondere auch auf das Wissen seines Schwagers David Cramer, fast 20 Jahre älter als er selbst, zurückgreifen. David Cramer aus Frankfurt am Main war nämlich mit seiner ältesten Schwester Clementine verheiratet. Dem Produktionsbeginn in dieser neuen Firma ab Beginn des Jahres 1902 kam dabei unter anderem ein Vertrag zugute, der mit Datum vom 19. Juli 1898 zwischen der Privattelefongesellschaft A.G. (Société de téléphone privé) in Brüssel und Herrn David Cramer aus Frankfurt abgeschlossen worden war. In diesem Vertrag war

das ausschließliche Recht an Herrn Cramer abgetreten worden, in Deutschland die von der Privattelefongesellschaft A.G. erworbenen deutschen Patente für ein verbessertes System elektrischer Anrufvorrichtungen zu verwerten und zwar während der ganzen Gültigkeitsdauer dieser Patente. Dasselbe galt für alle gegenwärtigen und zukünftigen Erfindungen eines Ingenieurs dieses Brüsseler Unternehmens. Schließlich bestand die Verpflichtung der Brüsseler Firma darin, Herrn Cramer an allen Erfindungen und allen ihren Patenten oder anderen Vorteilen der Telefonapparate teilhaben zu lassen.

Während sich Harry Fuld von der kaufmännischen Seite vor allem um die Verbreitung und Vergrößerung des System mit zunächst zahlreichen eigenständigen Vertriebsstellen in Deutschland kümmerte, brachte David Cramer sein Wissen als Ingenieur für Schwachstromtechnik und als Telefonanlagenspezialist in das noch junge Unternehmen ein. Und Harry Fuld's Mitarbeiter Carl Lehner widmete sich als nun angehender Ingenieur zunehmend der Entwicklung von Telefonanlagen und später auch weiteren elektrischen Geräten wie Uhren sowie Sicherungs- und Alarmanlagen.

Das Unternehmen wurde aber trotz seiner Untergliederung in den Bereich Fabrikation einerseits und den Bereich Vertrieb andererseits von gemeinsamen Firmenleitung zusammengehalten.

Für den ausgeweiteten Vertrieb und für die sich immer mehr vergrößernde Produktion von Telefonanlagen reichten die Liebfrauenstraße 6 und die Schäfergasse 10 bald nicht mehr aus. Aus diesem Grunde wurden der Vertrieb und die Werkstätten in die Vilbelergasse 29 in Frankfurt am Main verlegt. Dort standen in einem größeren Haus für diese Zwecke zwei komplette Stockwerke zur Verfügung. Beschäftigt wurden hier bereits gut 150 Arbeiter. Das Unternehmen blieb bis in das Jahr 1907 in diesem Gebäude. Auf Anregung des bedeutsamen Berliner Tochterunternehmens ging man noch im Laufe des Jahres 1902 dazu über, nicht nur „Telefone mit allem, was zur Installation dazu gehört“, zu bauen, sondern sich auch dem Bau von Telefonnebenstellen-

anlagen zu widmen. Dies war nach der Freigabe der Anschlüsse der Telefone an das allgemeine Fernsprechnet eine neue Option, die schon bald von einigen großen Kunden an das Unternehmen herangetragen wurde. Damit wurde ein neuer Markt eröffnet, und einige schon älter eingesessene Unternehmen in der Elektrik-Branche wurden nun auf das junge Unternehmen aufmerksam und begannen es nach einigen Jahren weiterer Entwicklung ernst zu nehmen und als Konkurrenten zu fürchten. Dazu gehörte unter anderem auch die bei Berlin ansässige Firma „Siemens & Halske“. Harry Fuld versuchte in den folgenden Jahrzehnten sich mit diesen Firmen zu arrangieren, ohne dabei jedoch seine Positionen aufzugeben.

Die Zunahme der Produktion von Telefonen und Telefonnebenstellenanlagen, also Telefonzentralen, führte im Jahre 1907 dazu, sich in Frankfurt um neue größere Räumlichkeiten für das Unternehmen umzusehen. In einem großen Gebäude in der Mainzer Landstraße 193 wurde nun ein großer Teil für neue größere Büros und für neue größere Werkstätten belegt, in denen nun bereits rund 250 Beschäftigte arbeiteten.

Die auf Grund der steigenden Nachfrage nach Miettelefonen und Nebenstellenanlagen zunehmende Produktion ließ in den folgenden Jahren bald auch das Gebäude in der Mainzer Landstraße 193 zu klein werden. 1912 erwarb das Unternehmen daher ein größeres Gelände in der Mainzer Landstraße 136-140. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte das Unternehmen in Frankfurt bereits gut 400 Mitarbeiter und in Deutschland insgesamt über 3.000 Arbeiter und Angestellte. Durch die erweiterte Produktion, ab 1913 auch Uhren, und ab 1914 auch durch die dem Betrieb aufgezwungene Kriegsproduktion sowohl von Fernsprengeräten (Feldtelefone) als auch von anderen beim Kriegseinsatz benötigten Geräten wie zum Beispiel Koppelschlösser und Kochgeschirre wurde an diesem neuen Standort die erste große eigene Fabrik aufgebaut. Die Geschäftszentrale in der Mainzer Landstraße, Hausnummer 136, blieb dort – von einer Untbrechung gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjah-

ren abgesehen – auch bis weit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

An der rasanten technischen Entwicklung in der Branche der Schwachstromtechnik war das Unternehmen von Harry Fuld seit der Gründung eigener Fertigungswerkstätten von Anfang an führend beteiligt. Die spätere noch engere Zusammenarbeit mit der Reichspost sollte seine Führungsposition weiterhin absichern.

Bereits im Jahre 1902 wurde der erste Fernsprechapparat in eigener Fertigung mit Druckknopflinienwähler gebaut, woraus die Reihenschaltung mit Reihenapparaten hervorging. 1903 kamen ein Amtsumschalter und eine Rückfrageeinrichtung dazu. Im Bereich der ebenfalls schon im Laufe des Jahres 1902 aufgenommenen Entwicklung von Nebenstellenanlagen entwickelte das Unternehmen im Jahre 1912 einen ersten Umschalteschrank für außen liegende Nebenstellen bei Reihenanlagen. 1913 wurde die Fertigung und Entwicklung elektrisch angetriebener Uhren in einer eigenständigen Unternehmensabteilung aufgenommen.

Zwischen 1901 und 1913 hatte sich der Umsatz des Unternehmens in Frankfurt versiebenfacht. Hier zeigte sich, welches Entwicklungspotenzial in dieser neuen Technologie steckte und welcher Bedarf nach diesen Geräten und Anlagen bestand.

Im Rahmen der erweiterten Unternehmensstrategie mit dem Aufbau des zweiten Standbeines der Produktion von Telefonanlagen wurde gemäß Eintrag ins Handelsregister Frankfurt am Main der Kaufmann Harry Fuld mit Datum vom 6. März 1901 alleiniger Geschäftsführer dieser Firma mit dem Namen „Deutsche Privat-Telefon-Gesellschaft H. Fuld & Co.“ in Frankfurt am Main. Gemäß eines Eintrags in dasselbe Handelsregister vom 21. Dezember 1910 wurde dem Ingenieur Carl Lehner – dort ebenfalls als „Kaufmann“ bezeichnet – für diese Firma die Einzelprokura erteilt. Mit Datum vom 08. Februar 1913 wurde Harry Fuld alleiniger Geschäftsführer der Firma „Deutsche Privat-Telefon-Gesellschaft H. Fuld & Co.“ Mit Datum vom 06. Dezember 1915 wurde Carl Lehner zum weiteren Geschäftsführer dieser Firma

ernannt, was seiner Rolle als leitender Ingenieur dieses Unternehmens gerecht werden sollte.

Im Jahre 1914 wurde der Entschluss gefasst, die beiden in Frankfurt eigenständig nebeneinander bestehenden Firmen „Deutsche Privat-Telefon-Gesellschaft H. Fuld & Co.“ für den Vertrieb und die „Telegraphenbau-Gesellschaft m.b.H.“ zu fusionieren, weil die bestehende enge Kooperation zwischen Bau, Lieferung und Vertrieb, also die Vermietung an Kunden, dies damals nahe legte. Mit Datum vom 13. August 1914 war dazu bereits ein Vertragsentwurf erstellt worden. Der ab dem 01. August 1914 begonnene Erste Weltkrieg verhinderte jedoch für die nächsten Jahre, dass es zu dieser Vereinigung in einer gemeinsamen Firma kam. Wie auch fast alle anderen größeren Firmen wurde während des Krieges auch die „Telegraphenbau-Gesellschaft m.b.H.“ in die Kriegsproduktion, d.h. die „Kriegslieferungen“, einbezogen, wie es dazu in einem entsprechenden amtlichen Vermerk vom 07. Dezember 1916 hieß. Für die neuen Produktionszweige, die ab 1913 mit den elektrischen Uhren beginnend sich neben den Fernsprechanlagen zu entwickeln begannen, gründete Harry Fuld im Laufe der Zeit neue eigenständige Firmen unter dem gemeinsamen Unternehmensdach. Schon im Jahre 1914 wurde in diesem Betrieb eine Hauptuhr mit Schwinganker hergestellt.

Im Bereich der neuen elektrischen Entwicklungen waren aber auch noch andere Unternehmen tätig. Dazu gehörte auch das schon einige Jahrzehnte früher als die T&N gegründete Unternehmen „Siemens & Halske“ mit seinem Hauptsitz bei Berlin in der sog. Siemensstadt. Auf Grund der entstehenden Konkurrenz ging das Berliner Vertriebsunternehmen jetzt zum Teil eigene Wege. So kam es zwischen der „Deutschen Privat-Telefon-Gesellschaft H. Fuld & Co.“ aus Frankfurt und der „Berliner Privat-Telefon-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ (Kurzform: „Priteg“) noch während des Ersten Weltkriegs zu Unstimmigkeiten. Dazu heißt es in einem von beiden Firmen gemeinsam verfassten Aktenvermerk:

„Zwischen

1. der Deutschen Privat-Telefon-Gesellschaft H. Fuld & Co. zu Frankfurt am Main, im folgenden kurz Frankfurt genannt und
 2. der Berliner Privat-Telefon-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu
zu Berlin, im nachfolgenden kurz Berlin genannt
- ist im Anschluss an den bestehenden Lieferungs- & Mietbeteiligungsvertrag folgende Vereinbarung getroffen worden:

Berlin steht auf dem Standpunkte, dass es nicht verpflichtet ist, Telefonzentralen jeder Art von Frankfurt zu beziehen. Frankfurt ist entgegengesetzter Meinung. Beide Parteien wollen ihre abweichenden Ansichten z.Zt. nicht austragen. Da jedoch Frankfurt beabsichtigt mit der Firma Siemens & Halske A.G. zu Siemensstadt bei Berlin einen Vertrag über automatische Zentralen zu tätigen, so erklärt Berlin für die Dauer dieses abzuschließenden Vertrages und für den Fall des Vertragsabschlusses, jedoch nicht länger als bis zum 31. Dezember 1928, dass diese Zentralen unter seine Bezugsverpflichtung fallen. Berlin unterzieht sich für den Fall der Zuwiderhandlung denjenigen Vertragsstrafen, die zu Gunsten von Siemens & Halske im fraglichen Verträge festgesetzt sind..“

[Unterzeichnet in Frankfurt am 23. Februar 1918 und in Berlin am 26. Februar 1918]

Mit Datum vom 13. Juni 1918 wurde dann in dieser Angelegenheit folgender Vertrag geschlossen:

„Zwischen

3. der Deutschen Privat-Telefon-Gesellschaft H. Fuld & Co zu Frankfurt am Main
und

4. der Nationalen Elektrizitäts Gesellschaft Aktiengesellschaft zu Berlin ist folgendes vereinbart worden:

Die Kontrahentin zu 1) hat unter dem 9. März 1918 mit der Firma Siemens & Halske Aktiengesellschaft zu Berlin einen Vertrag über den Vertrieb automatischer Fernsprechzentralen abgeschlossen, welcher dieser Urkunde als Anlage in Abschrift beigelegt wird.

Durch den vorstehenden Vertrag gehen nunmehr sämtliche Rechte und Pflichten aus dem Verträge Deutsche Privat-Telefon-Gesellschaft H. Fuld & Co / Siemens & Halske Aktiengesellschaft vom 9. März 1918 auf die Kontrahentin zu 2) über, mit alleiniger Ausnahme jedoch der Bestimmung in § 7 des Vertrages, indem der Kontrahentin zu 1) der von der Firma Siemens & Halske Aktengesellschaft zugesicherte Rabatt von 10% verbleibt. Die Abrechnung über die Beträge, welche sich aus den Rabatten ergeben, soll am Schlusse eines jeden Kalenderjahres, erstmalig zu Beginn des Jahres 1919 stattfinden.

Die Kontrahentin zu 2) übernimmt der Kontrahentin zu 1) gegenüber alle Gewähr für die sorgfältige und genaue Innehaltung des Vertrages mit der Siemens & Halske Aktiengesellschaft. Sie ist infolgedessen auch verpflichtet die Untergesellschaften, mit denen sie in vertragliche Beziehungen eintreten wird, anzuhalten, den Vertrag mit der Siemens & Halske Aktiengesellschaft gewissenhaft zu erfüllen. Sie haftet in dieser Beziehung in vollem Umfange der Kontrahentin zu 1).

Die Kontrahentin zu 2) ist ohne von Fall zu Fall zu erteilende schriftliche Erlaubnis der Kontrahentin zu 1) nicht berechtigt solche Gegenstände, Apparate etc. von der Firma Siemens & Halske Aktiengesellschaft oder von Dritten [unterstrichener Text ist eine nachträgliche handschriftliche Ergänzung, N.C.] zu beziehen, zu deren Bezug sie durch den Vertrag vom 9. März 1918

nicht verpflichtet ist, sie muss vielmehr ihren gesamten Bedarf, soweit nicht Siemens & Halske ein vertragliches Lieferungsrecht haben, bei der Kontrahentin zu 1) decken.

Die Preise, welche die Kontrahentin zu 1) der Kontrahentin zu 2) in Anrechnung bringt, werden von Fall zu Fall festgesetzt, dürfen die jeweiligen Verkaufspreise der Firma Siemens & Halske Aktiengesellschaft nicht übersteigen und müssen der Kontrahentin zu 1) einen angemessenen Nutzen lassen.

Die Telefon- und Telegraphenbau-Gesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Frankfurt am Main, welche als Lieferantin für die Kontrahentin zu 1) in Frage kommt, tritt diesem Verträge durch Unterschrift bei. Die Kontrahentin zu 2) ist berechtigt ebenso von der Kontrahentin zu 1), als auch von der Telefon- und Telegraphenbaugesellschaft mit beschränkter Haftung zu beziehen, Lieferungen der Telefon- und Telegraphenbau-Gesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung werden so angesehen, als ob es sich um Lieferungen der Kontrahentin zu 1) handelt.

Frankfurt am Main, den 13. Juni 1918.
Nationale Elektrizitäts Gesellschaft
Aktiengesellschaft
[Unterschrift]

Deutsche Privat-Telefon-Gesellschaft
[Unterschrift]

Telefon- & Telegraphenbau-Gesellschaft
G.m.b.H.
[Unterschrift]“

Aus dem Text ergibt sich auch – angesichts der schon zu Kriegsbeginn geplanten Fusion der beiden derzeit noch unabhängigen Frankfurter Unternehmen –, dass dieser Vertrag letztendlich zu

Gunsten des „Stammhauses“ in Frankfurt ausgehen sollte. Die weitere unternehmerische Entwicklung nach dem Krieg sollte dies aufzeigen.

Technische Entwicklung des Unternehmens bis zum Zweiten Weltkrieg, organisatorische Entwicklung bis 1933

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs vollzog sich im Bereich der Fernmeldetechnik ein weiterer technologischer Sprung mit der Einführung der elektromechanischen Vermittlungstechnik. Diese Entwicklung wurde vor allem von Harry Fuld und seinem Kompagnon und leitenden Ingenieur Carl Lehner vorangetrieben.

So wurde im Jahre 1923 die Selbstanschlusstechnik in Nebenstellen für den Internverkehr entwickelt, ein Drehwähler-Automatensystem mit in den Drehwählern aufgelösten Strowger-Wählern, die seinerzeit von dem Techniker Max Howe dafür konstruiert worden waren. Im selben Jahr wurde außerdem eine Devisentisch-Mehrplatz-Fernsprecheinrichtung für Verkehrsmöglichkeit nach verschiedenen Richtungen unabhängig von privater Zwischenvermittlung entwickelt. Im Jahre 1925 wurden halbautomatische Nebenstellenanlagen mit Zweigapparaten und Selbstanschlusstechnik bei internem und abgehenden Amtsverkehr hergestellt. 1926 kamen dazu der Stangenwähler-Automaten-Zentralen mit lötfstellenfreiem Bankvielfach. 1928 wurde eine Rapid-Sucheinrichtung mit automatischer Einstellung durch Signal vom rufenden Teilnehmer aus ohne Nachwahl einer Suchnummer hergestellt. 1929 wurden Universal-Nebenstellenzentralen im Einwegeapparat nach dem Raststellenprinzip bei Drehwähler-Zentralen entwickelt, dies in Verbindung mit einer automatischen Zentrale für Amts- und Hausverkehr mit besonderen Wähler-Aggregaten zur Weitergabe ankommender Amtsgespräche. Außerdem entstand im gleichen Jahr das mit Anlagen der T&N ausgestattete Polizei-Fernmelde-Netz in Groß-Berlin. 1930 wurde die erste Durchwahl-Nebenstellenanlage bei der Bayerischen Post gebaut, womit der Einstieg in die Lieferung von Nebenstellenanlagen an die Reichspost vollzogen wurde. In diesem Jahr wurden auch Klein-Nebenstellenanlagen für Außenstellen mit Selbsteinschaltung auf Amt und Rückfragemöglichkeit über nur eine Anschlussleitung entwickelt. 1932 entstand die

Universal-Zentrale mit Umlegemöglichkeit und mit bedienungslosen Unterzentralen. Bis 1934 wurden diese Nebenstellenanlagen weiter optimiert und erreichten bereits zu dieser Zeit eine hohe Suchgeschwindigkeit durch bis dahin entwickelten Rekord-Nebenstellenanlagen. Ihre Fertigung erfolgte ab jetzt nach dem Bausteinprinzip, ein Verfahren das eine große Zukunft haben sollte. Eine neue technische Entwicklungsstufe wurde in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg dann im Jahre 1935 vor allem mit dem ab diesem Zeitpunkt eingesetzten Relaiswähler-System erreicht. Dabei wurden von einem Relaiswähler vier Sprechstellen und eine Amtsleitung bedient.

In der ab dem Jahre 1913 parallel zu der Fernmeldetechnik aufgenommenen elektrischen Uhrentechnik entstand 1920 das Nebenuhrenwerk mit rotierendem Anker. Zwei Jahre später wurde die MEZ-Regulierung eingeführt, also die Selbstregulierung nach der mitteleuropäischen Zeit. 1926 kam die Reklame-Außenuhr auf den Markt. Bis 1936 war die Batterieuhr entwickelt worden. Und im Jahr 1938 kam ein geräuschloses Nebenuhrenwerk mit Tromalit-Magnet zum Einsatz.

Im Laufe der 1920er Jahre nahm auch bereits die Notruf-, Melde- und Datentechnik ihren Anfang. Dieser Prozess begann 1923 mit der Produktion von Lichttrufsystemen sowie Notruf-, Alarm-, Wächterkontroll- und Raumsicherungsanlagen, z.B. für Krankenhäuser, Polizeistellen und Feuerwehren. Bis 1928 waren dazu leistungssparende Fernsteueranlagen entwickelt worden. 1929 kam eine Abstimmungsanlage für Parlamente zum Einsatz. Ein Jahr später wurde ein Typendruck-Registrierapparat mit dekadischer Meldungsaufnahme der Öffentlichkeit vorgestellt sowie eine erste TN-Fernwirkanlage mit Wählern und Relais. Bis 1936 war schließlich ein Frequenz-Relais und ein Frequenz-Wecker entwickelt worden.

T&N war seinerzeit aber nicht nur in den vorgenannten technischen Bereichen in Deutschland führend, sondern auch bei der industriellen Nutzung des in den 1920er Jahren entwickelten Kunststoffes. So wurde in Frankfurt seinerzeit auch bereits mit

der Entwicklung und Fertigung von Kunststoffen begonnen, um auf diese Weise für die Telefonanlagen leichtere Verschaltungen bauen zu können. Daraus entwickelte sich dann mit der Zeit das sog. Kunststoffpressverfahren, wobei der zuvor zähflüssig gemachte Kunststoff in zuvor geformte aus Stahl gefertigte Formen eingebracht wurde und sich dort verfestigte. Im Laufe der 1930er Jahre konnte dann eine solche Fertigungsanlage, die „Kunststoffpresserei“, errichtet und in Betrieb genommen werden.

Nach dem Ersten Weltkrieg kamen bis zum Ende der 1920er Jahre unter anderem neue Standorte in Altona (nach 1938 Stadtteil von Hamburg), Bremerhaven, Braunschweig, Aachen und Stuttgart mit eigenständig gegründeten Vertriebsunternehmen zu dem Firmenimperium von T&N dazu. Da diese Unternehmen wiederum in ihrer Region verschiedene Bereiche mit eigenen Vertriebsstellen einrichteten und betreuten, existierten bis Ende 1920 allein in Deutschland bereits weit über hundert Vertriebsstellen. Dazu kamen weitere Betriebe im Ausland. Bereits um die Mitte der 1920er Jahre wurde das Unternehmen sowohl in Deutschland als auch in Europa zum führenden Unternehmen auf dem Sektor gefertigter und vermieteter privater Fernsprechanlagen.

Wie weiter oben schon angedeutet, gründete Harry Fuld für die anderen Produktionszweige neben den Fernsprechanlagen innerhalb seines Konzerns eigene Gesellschaften unter dem gemeinsamen Unternehmensdach. Bezogen auf die Produktion elektrisch gesteuerter Uhren war dabei die „Elektrozeit A.G.“ am bedeutendsten.

In Frankfurt am Main hatte Harry Fuld die Firmenleitung im Laufe der 1920er Jahre durch weitere in die Firmenspitze aufgenommene Mitarbeiter neben Carl Lehner gestärkt. Die Zahl der Geschäftsführer wurde um zwei weitere erhöht, dies in den Jahren 1922 bzw. 1923. Carl Lehner stieg in der ersten Hälfte der 1920er Jahren zum Oberingenieur auf. Im Jahr 1925 ernannte die Technische Universität Karlsruhe Carl Lehner zum Senator *erhenhalber*. Offenbar legte er selbst großen Wert darauf, seitdem mit dem Titel „Senator“ angesprochen zu werden. Zumindest in allen

Firmendokumenten und auch in allen noch heute überlieferten schriftlichen Berichten wurde er seitdem als „Senator Lehner“ tituliert. Dasselbe bestätigen die mündlichen Überlieferungen fast aller früheren Betriebsangehörigen der T&N, denn auch sie sprechen stets von „Senator Lehner“.

Im Jahr 1926 wurde Carl Lehner zum Vorstandsvorsitzenden (Generaldirektor) des Unternehmens gewählt. Später, nach der rechtlichen Umwidmung des Unternehmens, hieß diese Funktion dann „Leiter der Geschäftsführung“ und ab etwa Mitte der 1950er Jahre dann wieder, nach einer erneuten rechtlichen Umwidmung, „Generaldirektor“.

Harry Fuld – Vorsitzender des Gesellschaftergremiums und ab 1930 im Rahmen der zu dieser Zeit gegründeten Aktiengesellschaft, Vorsitzender des Aufsichtsrats – und seine Unternehmen in Frankfurt waren zum Teil schon vor dem Ersten Weltkrieg mit einem bestimmten Kapitalanteil an einigen der eigenständigen Vertriebsunternehmen beteiligt. Nach Ende des Ersten Weltkriegs wurden diese Anteile erhöht, so dass viele dieser Betriebe im Laufe der Zeit in den vollständigen Besitz des Frankfurter Unternehmens übergingen. Somit wuchsen im Laufe der 1920er Jahre bis Mitte der 1930er Jahre die Beteiligungen durch Harry Fuld an allen bis dahin gegründeten selbständigen Vertriebsgesellschaften. Insofern konnte Frankfurt nunmehr mit seinen Einzelunternehmen als immer mächtiger werdender Stammsitz angesehen werden. Auf Grund der zunächst immer noch bestehenden Eigenständigkeit der einzelnen Vertriebsunternehmen an den anderen Orten konnte aber erst ab 1935 von einem Hauptsitz gesprochen werden.

In das Berliner Vertriebsunternehmen hatte sich **Harry Fuld im Laufe der 1920er Jahre** auf Grund des lukrativen Standortes – Berlin war immerhin nach einigen Jahren wieder Hauptstadt Deutschlands geworden – mit **Eigenkapital eingekauft, bis er schließlich 100% des Eigenkapitals** besaß. Der Grund für diese Maßnahme bestand darin, dass er wegen dieses besonderen Standortvorteils beabsichtigte, in der damaligen Reichshauptstadt

Berlin einen neuen Hauptsitz der Firma zu gründen und damit den Stammsitz in Frankfurt in seiner bisherigen Funktion aufzugeben. In diesem Zusammenhang strebte er auch eine Zentralisierung und straffere Leitung des Unternehmens an. Harry Fuld hatte sich dieses Konzept auch deshalb überlegt, weil der Standort an der Mainzer Landstraße in Frankfurt kaum noch eine weitere Ausdehnung der Produktion zuließ. Aus diesem Grunde hatte er bereits Anfang 1929 in Berlin zwei Grundstücke mit Wohnhäusern erworben und am 26. Januar 1929 seinen Wohnsitz von Frankfurt nach Berlin-Grunewald in die Douglasstraße 9 verlegt.

Firmeninterne Bedingungen und die – wenn auch nicht sofort realisierbare – Möglichkeit die Produktion in Frankfurt erweitern zu können, sorgten jedoch für eine neue Weichenstellung, so dass auch der Betrieb in Berlin schließlich unter dem übergeordneten Firmendach eingeordnet werden sollte.

Bedeutsam war in diesem Zusammenhang der Gesellschaftsbeschluss auf der Generalversammlung in Berlin vom 31. Juli 1929 zur Liquidation der „Priteg“, also der „Berliner Privat-Telefongesellschaft m.b.H.“, die sich ab 1918 als Konkurrentin zum Frankfurter Unternehmen aufbauen wollte. Bezeichnend war, dass hier, wie bei allen anderen Gesellschafterversammlungen, letztendlich immer das Stammhaus in Frankfurt die Initiative ergriff und die Termine sowie die Tagesordnungspunkte dieser Versammlungen festlegen konnte. Dennoch gestaltete sich die „Abwicklung“ der „Priteg“ und deren Übernahme einschließlich des gesamten Kapitals durch das Frankfurter Unternehmen nicht so einfach wie zu Beginn erwartet. – Das galt teilweise aber auch für die Übernahme einiger anderer Vertriebsgesellschaften durch Frankfurt.

Den verschiedenen Übernahmen dieser ursprünglich eigenen Betriebe durch das Stammhaus, zu denen auch der Standort in Berlin gehörte, musste zunächst nämlich ein anderer Schritt vorausgehen. Dieser war bereits am 13. August 1914 eingeleitet worden, musste dann aber während des Ersten Weltkrieges ausgesetzt werden. Gemeint ist die schon weiter oben erwähnte beabsichtig-

te Fusion der beiden bis dato unabhängigen Frankfurter Unternehmen für den Vertrieb und die Fertigung in einer gemeinsamen Firma. Am 7. April 1930 endete die seit 1928 erneut betriebene Liquidation der alten Firmenstruktur mit der Überführung der alten Firma „Telefon- und Telegraphenbau Gesellschaft m.b.H.“ in die Firma „H. Fuld & Co. Telegraphen- und Telegraphenwerke Aktiengesellschaft“. Die anderen daneben existierenden Vertriebsgesellschaften blieben zwar weiterhin bestehen, wurden durch diese neue Unternehmensstruktur nun aber straffer an das Frankfurter Haus gebunden.

Auch im Ausland war Harry Fuld nach Ende des Ersten Weltkriegs wieder aktiv geworden. Dabei mussten nun andere Formen der Kooperation als vor Beginn des Krieges gefunden werden. Man fand Kooperationspartner in der Schweiz, in den Niederlanden, in Österreich, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, bald danach aber auch in Frankreich, Italien, England und Belgien. So wurde aus der T&N ein internationales Unternehmen mit Hauptsitz in Frankfurt am Main.

Zu dieser Zeit waren in Deutschland in dem Unternehmen T&N insgesamt etwa 5.000 Personen beschäftigt.

Harry Fuld, der sich seit der Gründung seiner Firma im Jahre 1899 für sein Unternehmen aufgeopfert hatte, bekam im Laufe der Jahre zunehmend gesundheitliche Probleme. Im Jahre 1930 erlitt er einen Schlaganfall. Am 26. Januar des Jahres 1932 verstarb der Initiator und Gründer des Unternehmens T&N, Harry Fuld, plötzlich in Zürich, während einer Geschäftsreise an einem Herzinfarkt – angeblich unmittelbar nach einem Telefonat noch in der Telefonzelle eines Hotels. Harry Fuld war zu dieser Zeit knapp 53 Jahre alt. Offensichtlich hatte er, auf Grund seines schon zuvor erlittenen Schlaganfalls und durch zunehmende Erschöpfung geplagt, seinen Tod vorausgeahnt. Denn bereits am 23. Juni 1931 hatte er nach einigen früheren schon ab 1930 erstellten Entwürfen die letzte Fassung seines Testamentes hinterlegt. Die-

ses für die weitere Firmengeschichte der T&N bedeutsame Testament soll hier nachfolgend wiedergegeben werden.

„Mein letzter Wille

=====

Ich, der Endesunterzeichnete Kaufmann Harry F U L D zu Frankfurt/Main, Mainzerlandstrasse 136/140 und Berlin – Grunewald Douglasstrasse 9, bestimme hiermit letztwillig was folgt, unter Aufhebung aller frueheren letztwilligen Veruegungen.

§ 1.

Meine Erben sind

- a) Meine Ehefrau*
- b) Mein Sohn Sally Harry Fuld*
- c) Mein Sohn Peter Harry Fuld,*

Meine Ehefrau erhaelt ein Viertel meines Nachlasses, mein Sohn Sally Harry drei Achtel und mein Sohn Peter Harry drei Achtel.

§ 2.

Ich bin gesetzlich und vertraglich verpflichtet, meiner geschiedenen Frau Flora Fuld, geb. Sondheimer sowie meiner geschiedenen Frau Ida Maria Fuld geb. Felsmann Unterhaltsrenten zu zahlen. Von dem Wunsche beseelt, die wirtschaftliche Zukunft meiner beiden geschiedenen Frauen bis an ihr Lebensende sicherzustellen, bestimme ich, dass die Haelfte des Erbteils jedes meiner Soehne bis zum Ableben ihrer Mutter nach diesem Zeitpunkt erfolgt. Die Renten, die nach meinem Ableben an Frau Flora Fuld gezahlt werden, sollen dem Erbteil meines Sohnes Sally Harry, die Renten, die an Frau Ida Maria Fuld gezahlt werden, dem Erbteil meines Sohnes Peter Harry belastet werden.

§ 3.

Sollte aus irgend einem Grunde eine Vormundschaft oder Pflegschaft fuer meinen Sohn Sally Harry erforderlich werden – ich muss dieser Notwendigkeit wegen des Gesundheitszustandes meiner geschiedenen Frau Flora Fuld., geb. Sondheimier entgegensehen – so ernenne ich zum Vormund oder Pfleger meines Sohnes Sally Harry meine Schwester Clementine Cramer zu Frankfurt am Main.

§ 4.

*Sollte aus irgendeinem Grunde eine Vormundschaft oder Pflegschaft fuer meinen Sohn Peter Harry Fuld erforderlich werden, so ernenne ich zu dessen Vormund oder Pfleger **Fraeulein Meta Gadesmann** zu Frankfurt am Main.*

§ 5.

Ich schliesse die Erbauseinandersetzung meines gesamten Nachlasses aus bis zum 31.1.1950. Bis zu diesem Zeitpunkte soll mein Gesamtnachlass der Verwaltung von Testamentsvollstreckern unterstehen, die ich von allen Beschraenkungen befreie, soweit dies im weitesten Umfange gesetzlich moeglich ist. Ich gestatte teilweise Auseinandersetzung, aber jeweils nur in dem Masse und in dem Umfange, wie dies jeweils von der Gesamtheit aller vorhandenen Testamentsvollstrecker gestattet wird.

Meinen Testmentsvollstreckern obliegt insbesondere auch die Aufgabe, waehrend ihrer Amtsdauer die Leitung der mir nahestehenden Unternehmungen in meinem Sinne zu beeinflussen, also mich in diesem Sinne zu ersetzen. Ich will durch diese Bestimmung die Erhaltung und die Weiterentwicklung der mir nahestehenden Unternehmungen gewaehrleistet sehen.

Die Testamentsvollstreckung soll auch dann bis zu den in den §§ 2 und 5 dieses Testaments vorgesehenen Zeitpunkten dauern, wenn eine vorzeitige teilweise gaenzliche Erbauseinandersetzung, aus welchem Grunde auch immer, stattfinden sollte.

§ 6.

Zu meinen Testamentsvollstreckern ernenne ich

- 1) Fraeulein *Meta Gadesmann* zu Frankfurt/Main, *Eysseneckstrasse 23*
- 2) Herrn *Carl Lehner* zu Frankfurt/Main, *Gustav Freytagstrasse 34*
- 3) Herrn *Sigmund Morgenroth*, zu Frankfurt/Main, *Bonnstrasse 10*
- 4) Herrn *Dr. Alfred May* zu Frankfurt/Main-Sued, *Holbeinstrasse 29*
- 5) Meine Schwester *Frau Hedwig Reiling*, genannt *Hedy Reiling*, zu Mainz, *Kaiserstrasse 34 1/10*

mit der Massgabe, dass die Obliegenheit meiner Schwester *Hedy Reiling* vornehmlich die Sorge und Pruefung meiner Familien- und Verwandten-Interessen sein soll, die sie alsdann aus eigener Kenntniss dem Gesamtgremium der Testamentsvollstrecker zur Regelung vorschlagen moege.

Bei Wegfall einer der vorstehend genannten Testamentsvollstrecker Nr. 1 bis mit Nr. 3 sollen nachstehende Personen in der hier angegebenen Reihenfolge Ersatztestamentsvollstrecker werden:

- 6) Herr *Richard Schneider* zu Frankfurt/Main, *Klettenbergstrasse 29*,
- 7) Herr *Hermann Leichthammer* zu Frankfurt/Main, *Eysseneckstrasse 5*,

- 8) *Herr Arthur Rapp zu Frankfurt/Main, [Straßenangabe fehlt, N.C.]*

An Stelle von Nr. 4 – Herrn Dr. May – soll bei seinem Ausscheiden aus dem Gremium ein anderer Jurist als Testamentsvollstrecker treten, den das Gesamtgremium ernennen moege.

An die Stelle von Nr. 5 – Frau Reiling – soll Herr Sally Cramer mit den Rechten und Pflichten der uebrigen Testamentsvollstrecker und Sonderobliegenheiten von Frau Hedy Reiling zu Mainz [treten, N.C.].

Es ist mein Wunsch, dass meine Soehne jeweils vom 21. Lebensjahr ab zu den Beratungen der Testamentsvollstrecker hinzugezogen werden. Haben meine Soehne das 30. Lebensjahr erreicht, so sollen sie von den Testamentsvollstreckern zu Mittestamentsvollstreckern ernannt werden, falls die Majoritaet der Testamentsvollstrecker keine geschaeftlichen oder sittlichen Bedenken gegen ihre Eignung hat.

§ 7.

Beschluesse der Testamentsvollstrecker beduerfen zu ihrer Gueltigkeit der Majoritaet der vorhandenen Testamentsvollstrecker. Diese Majoritaet genuegt auch, wenn ausnahmsweise nicht alle Testamentsvollstrecker bei einer Beschlussfassung anwesend sind. Beschluesse sind daher gueltig – bei einer Zahl von fuenf – wenn sie von mindestens drei Testamentsvollstreckern einstimmig gefasst werden.

Zur Vertretung nach aussen als Vertreter des Gesamtnachlasses genuegt ebenfalls die Unterschrift dreier Testamentsvollstrecker.

§ 8.

Die Zahl der amtierenden Testamentsvollstrecker soll jeweils fueuf betragen.

Wenn nach Einruecken der in diesem Testament ernannten Ersatzpersonen die Zahl der Testamentsvollstrecker auf vier sinkt, so haben die verbleibenden vier Testamentsvollstrecker auf vier das Recht zur Kooptation. Ich habe hierbei den Wunsch, dass in erster Linie in Frankfurt wohnende Spitzenmitarbeiter der mir nahestehenden Unternehmungen zu Testamentsvollstreckern gewaehlt werden, wenn sie hierzu die sittliche Eignung und die sachliche Faehigkeit besitzen, dies insoweit, als mein Nachlass noch durch Beziehungen zu den mir heute nahestehenden Unternehmungen verbunden ist.

Falls einer meiner Soehne oder beide Mittestamentsvollstrecker werden, so sollen gleichwohl die fueuf sonstigen Testamentsvollstrecker verbleiben. Die Zahl der Testamentsvollstrecker (5) soll sich also um den oder die beiden Soehne vergroessern.

§ 9.

Ich berechtige und verpflichte meine Testamentsvollstrecker aus den Ertraegnissen meines Vermoegens, insolange und insoweit die Ertraegnisse meines Vermoegens dies gestatten, meinen drei Schwestern

- a) Clementine genannt Clem Cramer,*
- b) Minna Reuss,*
- c) Hedwig genannt Hedy Reiling*

Betraege – mindestens im bisherigen Rahmen und Umfange – zu ihrer freien Verfuegung, insbesondere, wie gewohnt, zu wohltaetigen Zwecken zu gewaehren. Ueber das Ausmass der Betraege soll in jedem Falle vor Entscheidung Fraeulein Gades-mann gehoert werden, die meine Ansichten und Wuensche in dieser Beziehung kennt.

Ich berechtige meine Testamentsvollstrecker ferner, wiederum soweit die Ertraegnisse meines Vermoegens das gestatten, Betraege in geringerem Umfange [Umfange, N.C.] an die Tochter meiner drei genannten Schwestern zu zahlen.

Dagegen untersage ich meinen Testamentsvollstreckern fuer die Regel die Abdeckung von Geschaeftsschulden und ausnahmelos die Abdeckung von Spielschulden meiner Verwandten. Meine Grundsaeetze in dieser Beziehung sind der gesamten Familie bekannt. Ich wuensche, dass sie auch nach meinem Tode respektiert werden.

Ich berechtige meine Testamentsvollstrecker schliesslich, wiederum soweit die Ertraegnisse meines Nachlasses dies gestatten, in kleinerem Rahmen Betraege fuer wohltaetige Zwecke zur Verfuegung zu stellen. Ich denke dabei an die Unterstuetzung Beduerftiger.

§ 10.

Das Mass und der Umfang der hierdurch zu gewaehrenden Betraege unterliegt lediglich und allein dem pflichtgemaessen Ermessen der Testamentsvollstrecker, ohne dass ein Rechtsanspruch auf Zahlung gegen diese geltend gemacht werden kann

§ 11.

Meiner Ehefrau ueberlasse ich mein Grundstueck Berlin-Grunewald, Douglasstrasse 7/9 und Fontanestrasse 13 als Vorausvermaechtnis. Die auf dem Grundstueck lastende Hypothek der Gesellschaft fuer automatische Telephonie A.G., Basel, in Hoehe von Goldmark 425.000,— ist von meinen Erben zu uebernehmen und das Grundstueck frei von dieser Hypothek meiner Ehefrau zur Verfuegung zu stellen. Dieses Vorausvermaechtnis entfaellt in vollem Umfange, wenn meine

Ehefrau dieses Testament in irgend einem Punkte nicht befolgen sollte.

§ 12.

Ich habe mit meiner Ehefrau Lucie Elisabeth Fuld und Herrn Advokaten Dr. Anton Lohel als Vertreter der minderjaehrigen Alice [.....] unter dem 18. Maerz 1926 zu notariellem Protokoll des Notars Dr. Ludwig Abrahamsohn zu Berlin W.9, Linkstrasse 13, dessen Not.Reg. 39, Jahrgang 1926 einen Erbvertrag abgeschlossen. Dieser Erbvertrag ist, wie feststeht und wie ich ausdruecklich noch einmal feststelle, wegen Verstosses gegen die §§ 138 und 139 BGB nichtig, da er zu einer Zeit abgeschlossen wurde, als die Eheleute beide noch anderweit verheiratet waren.

§ 13.

Wer von meinen Erben diesem Testament in irgendeinem Teile die Befolgung verweigern sollte oder es sogar anfechten sollte oder auch nur anzufechten versuchen sollte, wird hiermit ausdruecklich und ausschliesslich auf den Pflichtteil gesetzt.

*Frankfurt am Main, den dreiundzwanzigsten Juni 1931.
Gez. Harry Fuld“*

Carl Lehner ist mit dem Unternehmen T&N zu einem der bedeutendsten Pioniere der Fernmeldetechnik und der Schwachstromelektronik auf deutschem Boden geworden. Da er außerdem zum Zeitpunkt des Ablebens von Harry Fuld Generaldirektor des Unternehmens war, war es fast eine Selbstverständlichkeit, dass er nun zu seinem Nachfolger wurde und an die Spitze des Unternehmens gelangte.

Carl Lehner wurde daher im Jahre 1932 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Aktiengesellschaft gewählt. Ab 1937 wurde diese Funktion dann, im Rahmen der rechtlichen Umwidmung

des Unternehmens, in „Beirat“ umbenannt und ab Mitte der 1950er Jahre, im Rahmen einer erneuten rechtlichen Umwidmung des Unternehmens, dann in „Präsidium der Gesellschaftsvertretung“.